



Kantonsrat

KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 340 Anfrage Budmiger Marcel und Mit. über wie organisiert der Kanton Luzern die Mitwirkung zum Sachplan Verkehr? / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 340 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 104 zu 8 Stimmen zu. Marcel Budmiger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Marcel Budmiger: Vier Tage nach der Einreichung meiner Anfrage ist die Bevölkerung im Luzerner Kantonsblatt zur Mitwirkung zum Sachplan Verkehr eingeladen worden. Wenn man bedenkt, dass diese Mitwirkung bereits im Februar 2017 gestartet ist, also zweieinhalb Monate vor dem Aufruf im Luzerner Kantonsblatt, und die Gemeinden nur noch einen Monat oder sogar noch weniger Zeit für ihre Stellungnahmen hatten, ist das zeitlich doch etwas knapp bemessen. Künftig wünschen wir uns genügend Zeit für die Stellungnahme durch die Bevölkerung und die Gemeinden. Andererseits sind die Meinungen zum Bypass gemacht, wie dies gestern bereits Räte B. Camenisch eindrücklich geschildert hat. Auf beiden Seiten des Tunnels, sowohl in Kriens wie auch in Luzern, besteht ein massiver Widerstand gegen dieses Projekt: in der Stadt durch die von der Spange Nord betroffene Bevölkerung und durch den Stadtrat und in Kriens von allen Parteien. Wir bitten den Regierungsrat, diesen Widerstand zur Kenntnis zu nehmen und auch den Bund darauf aufmerksam zu machen. Zu Frage 4 hätte ich gerne etwas detaillierte Auskünfte erhalten.

Urban Frye: Die Informationspolitik sowohl durch das Astra wie auch durch die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) ist doch sehr zurückhaltend. Eine derart zeitlich knapp bemessene Publikation im Luzerner Kantonsblatt allein reicht nicht aus. Meiner Meinung nach müssten die Interessengruppen wie Quartiervereine, Umweltvereine oder Verkehrsverbände proaktiv zur Stellungnahme eingeladen werden. Grundsätzlich ist das Vorgehen, wie es hier der Fall war, nicht zielführend. Den Medien konnte entnommen werden, dass der Astra-Vertreter nicht versteht, warum die Krienser mit der Variante aus Bern nicht einverstanden sind. Er hätte vielleicht einfach einmal die Krienser Bevölkerung fragen können, dann aber auch die Antwort akzeptieren müssen. Der Regierungsrat sollte dafür besorgt sein, dass hier die Information durch das zuständige Departement wie auch durch den Bund in Zukunft viel offener und proaktiver kommuniziert wird.

Räte B. Camenisch: In Kriens kämpfen wir gemeinsam mit allen Parteien und dem Gemeinderat gegen die geplante Ausführung, wir waren sogar in Bern deswegen. Leider geniessen wir aber wenig Unterstützung durch die Regierung. Wir durften zwar zweimal bei Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng vorsprechen, leider hat das aber nichts gebracht. Es wird eine offene Autobahn durch ein Wohngebiet mit 30 000 Einwohnern geplant. Wenn man sieht, welche Bauten der Bund sonst macht, handelt es sich hier einfach

nur um einen Witz. Im Ausland werden die Autobahnen ausserhalb der Dörfer gebaut, in der Schweiz geschieht dies mitten durch eine Agglomeration. Wenn die betroffenen Gemeinden deshalb ein paar Änderungswünsche anbringen, wäre es nur recht, wenn sich die Regierung ebenfalls dafür einsetzt. Mit diesem Süd-Ausgang hinterlassen wir der Luzerner Bevölkerung für mindestens die nächsten 100 Jahre ein katastrophales Werk.

Christine Kaufmann-Wolf: Kriens stellt sich nicht grundsätzlich gegen den Bypass, sondern verlangt einen guten Lärmschutz und damit eine Einhausung der Autobahnausfahrt. Deshalb hat sich der Gemeinderat überparteilich zusammengeschlossen. Für die Gemeinde Kriens ist diese Anfrage von Marcel Budmiger wichtig. Die Situation präsentiert sich aber nicht ganz so, wie sie von Urban Frye geschildert worden ist.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Bei der Anfrage geht es um die Mitwirkung beim Sachplan Verkehr, deshalb möchte ich hier nicht auf den Bypass oder die Spange Nord eingehen. Sachpläne des Bundes gibt es in den verschiedensten Bereichen der Politik. Wir sprechen vom Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur. Es gibt aber auch einen Sachplan Verkehr, Teil Schiene. In diesen Sachplänen werden Infrastrukturen und Objekte mit entsprechenden Begleitinformationen festgehalten. Diese Sachpläne beinhalten nur Projekte, die vom Bund beschlossen worden sind, wie zum Beispiel die Projektgenehmigung des Bypasses. Zudem handelt es sich nur um Objekte einer Agglomeration, die zuvor mindestens in den Agglomerationsplänen eine Mitwirkung und eine Vernehmlassung durchlaufen haben. Deshalb kann auch gesagt werden, dass ein Monat zur Stellungnahme ausreichend ist, da die Projekte ja bereits bekannt sind. Uns wurde mangelnde Information vorgeworfen. Scheinbar werden nicht alle Informationen gelesen, denn das Astra hat eine sehr offene Informationspolitik betrieben und hat dabei den Kanton und die Gemeinde mit einbezogen. Anlässlich eines Projektwettbewerbs in Kriens ist sogar der Gemeindepräsident in der Jury vertreten. Unsere Antwort zeigt auf, dass der Prozess zum Sachplan rechtlich richtig und mit einer genügenden Zeitspanne geführt führt. Wir werden die konsolidierte Haltung des Kantons in Bern kommunizieren und dabei sämtliche Stellungnahmen der Gemeinde mit einbeziehen.